

**Aktenkundig
gemacht**

Wolfgang

Schäuble

und Theo Waigel:

Worauf sich bauen läßt

Wir haben das
Fundament für eine gute
Zukunft gelegt

Deutschland gehört am Start in ein neues Jahrhundert zu den Gewinnern der Geschichte. Die Einheit unseres Vaterlandes, 1990 eine vermeintlich weit entfernte, von vielen schon aufgegebene Zukunftsperspektive, ist heute gelebter Alltag. Wir haben die Chance zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes entschlossen ergriffen. Die unionsgeführte Bundesregierung hat in den zurückliegenden Jahren die Weichen für eine gute Zukunft Deutschlands im 21. Jahrhundert gestellt. Wir haben gemeinsam ein umfassendes Reformprogramm verwirklicht, das Maßstäbe setzt. Wir haben ein stabiles Fundament für nachhaltiges Wachstum und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen. Wir haben unsere sozialen Sicherungssysteme Schritt für Schritt den Herausforderungen von Globalisierung und demographischem Wandel angepaßt und die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland wiederhergestellt. Mit einer historisch einmaligen Kraftanstrengung haben wir die Infrastruktur in den neuen Ländern binnen weniger Jahre modernisiert und Ostdeutschland auf den Weg gebracht zu einem der modernsten Produktionsstandorte weltweit. Wir haben Polizei und Justiz im Kampf gegen das Verbrechen gestärkt und unser Asylrecht noch wirkungsvoller gegen Mißbrauch geschützt. Wir haben unser Land wieder zu einem glaubwürdigen und verlässlichen Partner in der NATO und in Europa gemacht und die europäische Integration vorangetrieben. Mit der unter maßgeblichem Einsatz von Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesfinanzminister Theo Waigel geschaffenen Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist die europäische Einigung unumkehrbar geworden.

Wir übergeben der neuen Bundesregierung ein wohlbestelltes Haus, und wir werden uns auch künftig mit ganzer Kraft für eine gute Zukunft der Menschen in unserem Land einsetzen.

1. Konjunktur und Wachstum auf solidem Fundament: stabile Preise, niedrige Zinsen, mehr Arbeitsplätze

Die wirtschaftliche Konstitution Deutschlands im Oktober 1998 ist hervorragend. Das Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute stellt der Wirtschafts- und Finanzpolitik der bisherigen Bundesregierung ein hervorragendes Zeugnis aus: „Der Aufschwung hat an Breite gewonnen. ... Im laufenden Jahr wird das Bruttoinlandsprodukt das Vorjahresergebnis um 2,7 % übertreffen. ... Bei gefestigter Binnennachfrage hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise weiter verringert; die Inflationsrate liegt inzwischen unter 1 %. ... Die Erwerbstätigkeit ist im Laufe dieses Jahres merk-

lich gestiegen, und die Zahl der Arbeitslosen ist deutlich gesunken, seit der Jahreswende bis zum Herbst saisonbereinigt um rd. 325.000.“

Wir haben das Investitionsklima so weit verbessert, daß die Ausrüstungsinvestitionen 1998 um 8 % zunehmen werden – der stärkste Anstieg seit acht Jahren. Das schafft neue Kapazitäten und neue Arbeitsplätze. Die Auftragspolster der Unternehmen sind hoch, die Kapazitätsauslastung in der Industrie bewegt sich mit 88 % auf dem höchsten Niveau seit 7 Jahren.

Die Stabilitätspolitik der früheren Bundesregierung trägt Früchte:

- Inflation ist in Deutschland zum Fremdwort geworden, im vierten Jahr hintereinander liegt der Preisanstieg unter 2 %, im September 1998 waren es nur noch 0,8 %. Deutschland ist ein Hort der Stabilität.
- Preisstabilität macht niedrige Zinsen möglich. Deswegen liegen die Hypothekenzinsen im Wohnungsbau (zehn Jahre) Ende September mit 5,8 % auf historisch niedrigem Niveau – die beste Voraussetzung für mehr Investitionen und neue Arbeitsplätze.

2. Arbeitsmarkt – Durchbruch erreicht

Seit März 1998 nimmt die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland Monat für Monat deutlich ab; bis September konnte ihre Zahl um mehr als 850.000 gesenkt werden – ein Rückgang so stark wie nie zuvor. Mit 3,965 Mio. lag die Zahl der Arbeitslosen im September erstmals seit zwei Jahren wieder unter der 4-Mio.-Grenze und um über 340.000 unter dem Niveau des Vorjahres. Die sechs führenden Wirtschaftsinstitute gehen in ihrem Herbstgutachten davon aus, daß unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1999 weiter um mehr als 200.000 zurückgehen wird. Die Arbeitslosenquote verringerte sich im September 1998 auf 10,3 %, knapp 1 Prozentpunkt weniger als im Vorjahr. Gut 430.000 offene Stellen liegen den Arbeitsämtern vor – fast 100.000 Stellen mehr als im Vorjahr. Berücksichtigt man noch die offenen Stellen, die dem Arbeitsamt nicht gemeldet sind, dann gibt es in Deutschland weit mehr als 1 Mio. freie Stellen – so viele wie seit 25 Jahren nicht mehr. Die Beschäftigung steigt wieder deutlich an. Die Zahl der Erwerbstätigen lag im September 1998 mit 34 Mio. erstmals seit der Wiedervereinigung nennenswert über dem Stand des Vorjahres. Dies alles zeigt: Der Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt ist erreicht, unsere Politik für mehr Wachstum und Beschäftigung ist richtig und muß konsequent fortgesetzt werden.

3. Solide Staatsfinanzen – Spielraum für eine große Steuerreform

Die Lage der öffentlichen Haushalte hat sich deutlich verbessert. Das schreiben auch die Forschungsinstitute in ihrem Herbstgutachten; die Institute kommen zu dem Schluß, daß aufgrund der wiedergewonnenen finanziellen Spielräume eine große und schnelle Nettoentlastung aller Steuerzahler in einem Umfang von 20 bis 30 Mrd. DM vorgenommen werden kann – exakt das, was die unionsgeführte Koalition in ihren Petersberger Steuerbeschlüssen auch geplant hatte. Erst die solide Haushaltspolitik der Bundesregierung hat den Spielraum für durchgreifende Steuersenkungen geschaffen.

Dies war nur möglich, weil der Bund seit 1994 die Ausgaben im Bundeshaushalt Jahr um Jahr absolut zurückgeführt hat und ebenso konsequent auch die Neuverschuldung gesenkt hat. 1998 geht die Nettokreditaufnahme zum dritten Mal hintereinander zurück auf 56,4 Mrd. DM – 22 Mrd. weniger als 1996. Für 1999 sah der Haushaltsentwurf von Finanzminister Theo Waigel einen weiteren Rückgang vor. Mit unserer Finanzpolitik haben wir einen Beitrag zur dauerhaften Erfüllung der finanzpolitischen Konvergenzwerte in der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion geleistet und überhaupt erst die notwendigen Spielräume für Steuer- und Abgabensenkungen geschaffen – die beste Strategie zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung.

4. Steuern gesenkt – Bürger und Unternehmen entlastet

Die gesamte Steuerlast hatte in den Zeiten sozialdemokratisch geführter Bundesregierungen 1970-1982 durchschnittlich 24,2 % des Bruttoinlandsprodukts beansprucht. Wir konnten diesen Wert, die sog. Steuerquote, im Zuge der dreistufigen Steuerreform bis 1990 Jahr für Jahr auf 22,7 % senken.

Als Folge der gewaltigen finanzpolitischen Herausforderungen im Zuge der Wiedervereinigung war zwar ein kurzzeitiger Anstieg um einen Prozentpunkt unvermeidlich, die auf Solidität und Konsolidierung ausgerichtete Finanzpolitik der Bundesregierung ermöglichte aber in den Folgejahren Schritt für Schritt einen Rückgang auf nur noch 21,9 % im Jahre 1997 – einen Wert, den wir ursprünglich erst für das Jahr 2000

angestrebt hatten. Die Belastung mit Steuern haben wir in diesem Jahr weiter senken können auf voraussichtlich 21 % des BIP – den niedrigsten Wert seit Bestehen der Bundesrepublik.

Ganz konkret bedeutet das: Durch die Freistellung des Existenzminimums und den Familienleistungsausgleich haben wir vor allem die Steuerzahler mit unteren und mittleren Einkommen und die Familien seit 1996 Jahr für Jahr um rd. 20 Mrd. DM netto entlastet. Hinzu kamen der Wegfall des Kohlepfennigs und die Absenkung des Solidaritätszuschlags – jährliche Entlastung weitere 15 Mrd. DM netto. Durch die Abschaffung der Vermögensteuer und der Gewerbesteuer zahlen die Unternehmen keine Substanzsteuern mehr in Deutschland.

Auch die Abgabenquote (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) haben wir zurückgeführt: von 40,5 % unter SPD-Kanzler Schmidt 1982 auf 38,5 % im Jahr 1990. Wiedervereinigungsbedingt stieg die Abgabenquote zwar kurzzeitig auf knapp 42 % wieder an, seit 1995 aber konnten wir sie mit unseren Strukturreformen auf 40,0 % in diesem Jahr zurückdrängen. Die gesamte Belastung mit Steuern und Abgaben ist damit heute niedriger als 1982 im letzten Amtsjahr einer SPD-geführten Bundesregierung.

5. Staatsanteil zurückgeführt – Leistung muß sich wieder lohnen

In Deutschland war der Anteil der Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen am Bruttoinlandsprodukt im Zuge der Sonderbelastungen aus dem Aufbau Ost wieder auf über 50 % angestiegen – ein Niveau, auf dem die sog. Staatsquote 1982 schon einmal gelegen hatte – als Ergebnis von 13 Jahren SPD-geführter Bundesregierung.

Wenn aber die Hälfte dessen, was in unserem Land erwirtschaftet wird, in öffentlichen Kassen landet, dann werden dem Staat nicht nur immer mehr Leistungen aufgebürdet, auch demotiviert ein zu hoher Staatsanteil, weil die Kehrseite eine leistungshemmende Steuer- und Abgabenbelastung ist – Privatinitiative, Risikobereitschaft und Schaffensfreude werden untergraben, Leistungsverweigerung und Trittbrettfahrermentalität werden gefördert. Wer nicht imstande ist, die Staatsquote zurückzuführen, kann Bürger und Unternehmen auch nicht entlasten.

Mit dem Rückgang der Staatsquote von über 50 % in 1982 auf 45,7 % bis 1989 haben wir den Spielraum für die große dreistufige Steuerreform der Jahre 1986 bis 1990 geschaffen, mit der wir Haushalte und Unternehmen netto um insgesamt 50 Mrd. DM entlasten konnten. Ohne die niedrige Staatsquote 1989/90 wären die

gewaltigen finanziellen Erblasten aus 40 Jahren totalitärem Sozialismus kaum zu meistern gewesen. Zwar stieg die Staatsquote auf über 50 % in 1994 wieder an, bis 1997 aber haben wir sie wieder auf unter 48,5 % drücken können und werden in diesem Jahr voraussichtlich auf weniger als 48 % kommen – der niedrigste Staatsanteil seit sieben Jahren.

Das ist nur möglich geworden, weil die Ausgaben des Bundes seit 1994 nicht weiter steigen, sondern Jahr für Jahr absolut zurückgehen. Wir haben bewiesen: Der Staat kann sparen, wenn er nur will. Aufgrund unserer Sparanstrengungen haben wir das Verhältnis von Bundesausgaben zum Sozialprodukt, die sog. Bundesstaatsquote, die 1993 noch 14,5 % betrug, bis 1997 auf nur noch 12,1 % zurückführen können – den niedrigsten jemals in der Geschichte der Bundesrepublik erreichten Stand.

6. Bürokratie abgebaut – mehr Freiraum für den einzelnen geschaffen

Freiraum für Innovation in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen bedeutet vor allem auch konsequente Reduzierung der administrativen Verpflichtungen für Bürger und Unternehmen. Von den 600 Behörden des Bundes konnte ein volles Viertel abgebaut werden. Der Bund erfüllt heute seine Aufgaben in der größer gewordenen Bundesrepublik mit insgesamt weniger Personal als vor der Wiedervereinigung. Die Planstellen in der Bundesverwaltung konnten seit dem Höchststand 1992 mit 381.000 Stellen um über 70.000 Stellen reduziert werden, was einem Einsparvolumen von 5,4 Mrd. DM allein für das Jahr 1998 entspricht – also 5 1/2 Länder mehr als 1989 und damit verbunden größere Aufgaben, aber trotzdem weniger Personal. Für die Bundesministerien wird es Ende 1998 ca. 18.250 Stellen geben; seit 1993 sind in diesem Bereich rund 3.400 Stellen sozialverträglich abgebaut worden.

Schnelle Verwaltungs- und Gerichtsverfahren sind zu einem bedeutenden Standortfaktor im internationalen Wettbewerb geworden. Die Koalition der Mitte hat 1996 die dringend notwendigen Änderungen bei den Verwaltungsverfahren, beim Immissionsschutzgesetz und bei der Verwaltungsgerichtsordnung durchgesetzt und so für eine wirksame Beschleunigung von Genehmigungs- und Planfeststellungsverfahren gesorgt.

Nach unserer Überzeugung werden wir nur mit weniger Bürokratie und weniger Staat die Attraktivität Deutschlands im internationalen Wettbewerb erhöhen.

7. Währungsunion durchgesetzt – Stabilität in Europa sichergestellt

Mit dem Eintritt in die Europäische Währungsunion hat die unionsgeführte Bundesregierung dem Standort Deutschland neue Schubkraft verliehen. Die Währungsunion stärkt Wachstum und Beschäftigung, da Wechselkursschwankungen gegenüber unseren wichtigsten Handelspartnern künftig entfallen. Darüber hinaus verbessert der Euro die Chancen, weltweit zu stabileren Wechselkursen zu kommen.

Namentlich als Ergebnis der sparsamen Haushaltspolitik der Bundesregierung schaffte es Deutschland, das Maastricht-Kriterium von 3,0 % mit 2,7 % in 1997 deutlich zu unterschreiten. Diesen erfolgreichen Weg haben wir fortgesetzt: In diesem Jahr wird die Neuverschuldungsquote weiter auf 2,2 % zurückgehen – das stellt der Finanzpolitik des Bundes ein hervorragendes Zeugnis aus.

Auch die Entwicklung der Schuldenstandsquote bewegt sich weiter in die richtige Richtung. Trotz Übernahme erheblicher Erblasten, die beim Schuldenstand rund 13 Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts ausmachen, liegt die Quote mit 61 % im Jahr 1998 nur knapp über dem Referenzwert des Maastricht-Vertrags. Die Weichen für eine Unterschreitung der 60 %-Grenze ab dem Jahr 2001 haben wir erfolgreich gestellt. Mit dem von Bundesfinanzminister Theo Waigel durchgesetzten Stabilitäts- und Wachstumspakt haben sich alle EU-Staaten zu einer dauerhaft soliden Haushaltspolitik verpflichtet.

8. Solidarität und Subsidiarität – Grundpfeiler der Sozialpolitik

Der Gedanke des sozialen Ausgleichs ist ein tragender Pfeiler in unserem Ordnungsmodell der sozialen Marktwirtschaft, das sich orientiert an der Vorsorge und der Absicherung im Alter, bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit – dann, wenn der einzelne seinen Lebensunterhalt nicht mehr aus eigener Kraft bestreiten kann. Die Sozialpolitik der Koalition weist eine erfolgreiche Bilanz auf. Niemals in der Geschichte der Sozialpolitik ist mehr für die soziale Sicherung ausgegeben worden als unter der Regierungsverantwortung der Union. Solidarischer Ausgleich entbindet aber nicht von der Eigenverantwortung des einzelnen. Ein Zuviel an kollektiver Regelung lähmt, steht Schaffensfreude und Risikobereitschaft im Weg.

Angesichts der finanziellen Belastungen unserer Sozialversicherungssysteme – fast jede dritte verdiente D-Mark wird heute für soziale Sicherung ausgegeben – bleibt sparsame Mittelverwendung unverzichtbar. Solidarität und Subsidiarität müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen, damit die Fundamente wirtschaftlicher Dynamik und Wettbewerbsfähigkeit nicht untergraben werden. Deswegen haben wir Schritt für Schritt unser Sozialsystem den neuen Herausforderungen angepaßt als Antwort auf den zunehmend schärfer werdenden globalen Wettbewerb und die erheblichen Belastungen aus dem Altersaufbau unserer Bevölkerung. Hätte die Koalition seit 1989 nicht immer wieder mit konsequenten Reformen die Ausgaben im Sozialbereich gebremst, würden Steuer- und Beitragszahler heute mit jährlich rd. 100 Mrd. DM mehr belastet.

9. Die Rente zukunftsfest gemacht – Lasten gerecht verteilt

Die Renten konnten auch in den letzten Jahren deutlich angehoben werden. Das Rentenniveau in den neuen Bundesländern hat sich dabei zunehmend an das westdeutsche Niveau angeglichen. Die Rentenversicherung wurde gleichzeitig an die sich langfristig verändernden Rahmenbedingungen angepaßt. Die Menschen leben länger und beziehen demzufolge auch länger Rente. 1960 bezog ein Versicherter durchschnittlich 10 Jahre lang eine Rente, heute sind es 16 Jahre. Gleichzeitig wird sich der Altersaufbau der Bevölkerung in den nächsten Jahren zuungunsten der jungen Generation verschieben. Dies ist mit Belastungen verbunden, die gerecht auf Beitragszahler und Rentenbezieher verteilt werden müssen. Im Rahmen der Rentenreform 1999 wurde deshalb ein demographischer Faktor in die Rentenversicherung eingebaut, der die demographische Veränderung in der Bevölkerung im Rentensystem berücksichtigt und die Rentner über eine geringere Rentenanpassung an der Finanzierung ihrer eigenen Renten beteiligt. Damit haben wir das Rentensystem zukunftsfest gemacht und gleichzeitig eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen Jüngeren und Älteren hergestellt. Mit der Reform der Rentenversicherung sparen wir in den nächsten zwei Jahren 4,3 Mrd. DM ein – ein entscheidender Schritt zur Stabilisierung der Beitragssätze.

10. Pflegeversicherung eingeführt – Sozialstaat weiterentwickelt

In den Jahren 1994 und 1995 haben wir die Pflegeversicherung als fünfte Säule im System der Sozialversicherung unter dem Dach der gesetzlichen Krankenversicherung eingeführt. Neue Leistungen in einer immer älter werdenden Gesellschaft konnten nicht länger über die Sozialhilfe oder einfach im Wege der Erhöhung der Beitragslast finanziert werden. Deswegen haben wir die Absicherung bei Pflegebedürftigkeit auf eine neue, verlässliche Grundlage gestellt. Der Versicherungsschutz umfaßt nahezu die gesamte Bevölkerung. Gegenwärtig erhalten mehr als 1,7 Mio. Bürgerinnen und Bürger Leistungen aus der Pflegeversicherung, rund 1,24 Mio. Pflegebedürftige zu Hause und rund 450.000 in Heimen und vollstationären Einrichtungen der Behindertenhilfe. Mit der Einführung dieser neuen gesetzlichen Pflichtversicherung wurde der Sozialstaat konsequent weiterentwickelt und die letzte große Lücke im Netz der sozialen Sicherheit geschlossen. Damit wurde eine Entwicklung, die vor mehr als 100 Jahren mit der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung (1883), der gesetzlichen Unfallversicherung (1884), der Invaliditäts- und Altersversicherung (1889 – heute Rentenversicherung) und der Arbeitslosenversicherung (1927) ihren Anfang fand, zum Abschluß gebracht. Die Rücklage aus den Beitragseinnahmen der Pflegeversicherung beträgt heute rund 10 Mrd. DM – sie dient der Vorsorge, damit wir die absehbaren Belastungen der Sozialversicherung aus dem Altersaufbau unserer Bevölkerung ohne zusätzliche Anhebung der Beitragssätze auffangen können.

11. Gesundheitsreform greift – Lohnzusatzkosten sinken

Die Bundesrepublik Deutschland hat dank der Politik der unionsgeführten Bundesregierung eines der besten Gesundheitssysteme der Welt. Qualität und Umfang der Leistungen haben ein hohes Niveau. Der Zugang zur Gesundheitsförderung und zur Behandlung von Krankheiten ist ebenso gesichert wie die sozialen Risiken, die durch Krankheiten entstehen können. Medizinische Spitzenleistungen stehen für alle uneingeschränkt zur Verfügung, unabhängig von Einkommen, Wohnort und sozialem Stand. Um diesen hohen Leistungsstandard auch in Zukunft gewährleisten zu kön-

nen, wurde in insgesamt drei Stufen das Gesundheitssystem reformiert und auf eine zukunftsfähige Grundlage gestellt. Durch die Reformen konnte der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung 1997 dauerhaft stabilisiert werden. Dabei haben wir darauf geachtet, daß Zuzahlungen begrenzt sind und für sozial Schwächere ganz entfallen. Wir haben dafür gesorgt, daß unser qualitativ hochwertiges Gesundheitssystem auch weiterhin für jedermann zugänglich bleibt.

Die Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung im ersten Halbjahr 1998 zeigt: Die Mitte 1997 in Kraft getretene Gesundheitsreform hat die gesteckten Ziele in vollem Umfang erreicht. Die Defizite in der gesetzlichen Krankenversicherung konnten auf „Null“ zurückgeführt werden, die Leistungsausgaben steigen nicht weiter. Als Folge der neuen Zuzahlungsregelungen wird die GKV jährlich um 5 Mrd. DM entlastet. Ohne unsere Reformmaßnahmen wäre der Beitragssatz zwischenzeitlich auf 15 % bis 16 % gestiegen. Heute können wir feststellen: Die Beiträge bleiben mit durchschnittlich 13,6 % stabil, z. T. gehen sie sogar zurück. Damit hat die Gesundheitspolitik der Bundesregierung weitere Belastungen der Arbeitskosten verhindert und Arbeitsplätze gesichert.

Die Neuregelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hat die Betriebe mittelbar um 20 Mrd. DM entlastet. Der Krankenstand in den Betrieben ging auf historische Tiefstände zurück; in den ersten neun Monaten 1998 auf unter 4 % in den alten Ländern und 4,2 % in den neuen Ländern.

12. Arbeitsförderung reformiert – neue Chancen für Arbeitslose

Die unionsgeführte Bundesregierung hat in der 13. Legislaturperiode die Politik für mehr Arbeitsplätze konsequent fortgeführt und damit neue Chancen für Arbeitslose eröffnet. Die Instrumente zur Beschäftigungsförderung wurden ausgedehnt und praxisnäher gestaltet. Neue arbeitsmarktpolitische Instrumente, wie Trainingsmaßnahmen für Arbeitslose und die Möglichkeit des Abschlusses von Eingliederungsverträgen für Langzeitarbeitslose, wurden eingeführt. Sie haben sich in der Praxis bereits bewährt. Unsere Politik verfolgt damit konsequent das Ziel, Brücken zum allgemeinen Arbeitsmarkt zu bauen und die Wiedereingliederung von Arbeitslosen in das Erwerbsleben zu erleichtern.

Und unsere Anstrengungen haben sich gelohnt: Durch die Vermittlung der Arbeitsämter kamen allein in diesem Jahr fast 3 Mio. Beschäftigungsverhältnisse zustande. In den alten und neuen Bundesländern laufen gegenwärtig rund 500.000 beschäftigungschaffende Maßnahmen. Jedes Jahr starten fast 100.000 Arbeitslose

mit Unterstützung der Bundesanstalt für Arbeit erfolgreich in die berufliche Selbständigkeit. Gleichzeitig wurden Arbeitslose durch eine Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln zur Annahme einer Beschäftigung zusätzlich motiviert. Die Eigenverantwortung der Arbeitsämter wurde gestärkt, indem ihnen die Möglichkeit gegeben wurde, über einen bestimmten Teil der Mittel frei zu verfügen und damit den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente an die Situation auf dem regionalen Arbeitsmarkt anzupassen.

13. Sozialhilfe umgestaltet – Brücken zum Arbeitsmarkt gebaut

Der Sozialhilferegelsatz ist von 1982 bis heute von 310 DM auf 538 DM erhöht worden. Die Sozialhilfeausgaben der Kommunen dagegen sanken in den vergangenen Jahren erstmals seit Einführung der Sozialhilfe im Jahr 1962: 1996 gegenüber 1995 um 2,3 Mrd. DM und im Jahr 1997 nochmals um 5 Mrd. DM auf 44,9 Mrd. DM. Für Sozialhilfeempfänger wurden neue Beschäftigungschancen eröffnet und damit Wege zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit geebnet. Mit der Reform der Sozialhilfe wurden für die Kommunen die Gestaltungsmöglichkeiten zur Schaffung eines leistungsfähigen und effizienten Systems arbeitsmarktpolitischer Instrumente deutlich erweitert und die Eingliederung von Hilfeempfängern in reguläre Beschäftigung erleichtert. Nunmehr können private Agenturen mit der Vermittlung von Hilfeempfängern in Arbeit beauftragt werden und Lohnkostenzuschüsse an den Arbeitgeber oder an die Sozialhilfeempfänger gezahlt werden. Damit sollen vor allem die Selbsthilfekräfte der Hilfeempfänger gestärkt und deren Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden. Mit den neuen Regelungen und den bestehenden Möglichkeiten zur Organisation und Durchführung kommunaler Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen steht nun ein umfassendes Instrumentarium für eine aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auf kommunaler Ebene bereit.

Die Reformen zeigen Erfolge: Die Zahl der kommunalen Beschäftigungsangebote ist in den letzten Jahren stark ausgeweitet worden. Gegenwärtig werden über 200.000 ehemalige Hilfeempfänger in solchen Eingliederungsmaßnahmen beschäftigt und bereiten sich auf eine Tätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vor. Damit sind wir dem Ziel, jedem Hilfeempfänger einen Arbeitsplatz anzubieten, ein großes Stück näher gekommen. Bis zu einem Drittel der Hilfeempfänger, denen ein Arbeitsplatz angeboten wird, verzichtet auf die Sozialhilfe. Insoweit haben die Reformen auch

dazu beigetragen, die mißbräuchliche Inanspruchnahme von Sozialleistungen wirksam zu bekämpfen.

14. Familien entlastet

Auch in der vergangenen Legislaturperiode konnten zahlreiche Verbesserungen für Familien erreicht werden: Das Kindergeld wurde für die ersten beiden Kinder auf je 220 DM erhöht, der Kinderfreibetrag und die Bewertung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung wurden angehoben, die Leistungen nach dem Mutterschutzgesetz sind verbessert worden und die Altersgrenze für die Gewährung von Kindergeld wurde auf 18 Jahre heraufgesetzt. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab dem dritten Lebensjahr wurde durchgesetzt. Zusammen mit dem Erziehungsurlaub erleichtert der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz Eltern mit kleinen Kindern ganz erheblich, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. Unsere Politik hat Familien jährlich alleine mit rund 11 Mrd. DM entlastet. Insgesamt wurden Familien 1997 mit einem Betrag von knapp 170 Mrd. DM unterstützt – so viel wie nie zuvor. Dies alles hat dazu beigetragen, die Solidarität der Generationen zu stärken und Familien dazu zu ermutigen, sich für ein Leben mit Kindern zu entscheiden.

15. Unsere Politik für mehr Wohneigentum – eine Erfolgsstory

Mit der Neuregelung der Wohneigentumsförderung zum 1. Januar 1996 haben wir ein wichtiges Anliegen der Bevölkerung in unserem Land erfolgreich umgesetzt. Mit der Einführung einer einheitlichen Eigenheimzulage haben wir die Anreize zur Bildung von Wohneigentum gefördert und einen deutlichen Anstieg des Einfamilienhausbaus in Deutschland bewirkt. Die Zahl der Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser stieg durch dieses Reformwerk bereits 1996/97 um 10,5 bzw. 11 % und blieb mit einem erneuten Anstieg um 10,7 % im ersten Halbjahr 1998 weiter deutlich aufwärts gerichtet. 1997 wurden dadurch bereits etwa 145.000 neue Einfamilienhäuser errichtet – ein Siebtel mehr als 1996. Besonderer Nachholbedarf bestand in den neuen Ländern. Hier ist die Eigentumsquote von 26 % in 1994 auf 31 % in 1998 gestiegen. Mit der Umstellung der Wohneigentumsförderung haben wir den Eigenheim- und Mietwohnungsbau in den vergangenen Jahren auf hohem Niveau

(560.000 bis 600.000 errichtete Wohnungen) stabilisieren können. Die Wohnungsver-sorgung konnte deutlich verbessert werden, was auch dazu beigetragen hat, daß der Anstieg der Mieten seit 1993 deutlich rückläufig ist. Wer heute eine Wohnung mietet, zahlt im Schnitt sogar 1,4 % weniger als vor einem Jahr.

16. Wettbewerbsfähigkeit durch technischen Fortschritt – Standort Deutschland gesichert

Der Standort Deutschland ist wieder wettbewerbsfähig. Allein im letzten Jahr wurden Waren im Wert von knapp 900 Mrd. DM exportiert. Nach einem Plus beim Export von 12,5 % im letzten Jahr konnten für das erste Halbjahr 1998 in der Handelsbilanz wiederum zweistellige Steigerungs-raten verzeichnet werden. Der Saldo in der Leistungsbilanz hat sich seit 1994 kontinuierlich verringert, und für 1998 wird zum ersten Mal seit der Wiedervereinigung ein Leistungsbilanzüberschuß von 10 Mrd. DM erwartet. Deutsche Unternehmer erzielen mit das höchste Produktivitätsniveau in Europa – ein entscheidender Beitrag zur hervorragenden „Export-Performance“ Deutschlands in der Welt.

Die Grundlage für diese Erfolge wurde durch die deutlich verbesserten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland gelegt. Mit der Reform der Unternehmenssteuern und der Konsolidierung unserer Sozialversicherungssysteme wurde die Kostenbelastung der Betriebe deutlich vermindert, das Investitionsklima wurde kräftig verbessert. Moderate Tarifabschlüsse, verkürzte Genehmigungsfristen, der Wegfall der investitionsbelastenden Substanzsteuern und sinkende Lohnstückkosten im dritten Jahr in Folge haben die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland wiederhergestellt. Damit ist Deutschland für ausländische Investoren wieder ein attraktiver Produktionsstandort geworden: Im ersten Halbjahr 1998 summierten sich die ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland auf 16 Mrd. DM – das entspricht dem Sechzehnfachen des Vorjahreszeitraums und markiert zugleich den höchsten jemals gemessenen Zustrom ausländischen Investitionskapitals im wiedervereinigten Deutschland.

Einer der entscheidenden Grundlagen für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts ist Deutschlands technologische Leistungsfähigkeit. Sie ist gekennzeichnet durch ein breites Güterangebot, einem hohen Anteil kleiner und mittlerer Unternehmen sowie einem hohen Stand von Ausbildung und know-how. Im internationalen Wettbewerb haben wir damit unsere Spitzenposition weiter ausbauen können.

Deutschland bleibt mit weitem Abstand der wichtigste Technologieproduzent innerhalb Europas und belegt hinter Japan und den USA weltweit den dritten Rang. Gleichzeitig gehört Deutschland zu den drei Staaten mit den meisten weltmarktrelevanten Patenten. Hinter den USA und Japan werden weltweit die meisten Patente angemeldet – mehr als doppelt so viele wie Frankreich, das in Europa den zweiten Platz einnimmt.

17. Mehr Unternehmer für mehr Arbeitsplätze – Kultur der Selbständigkeit geschaffen

Mit zahlreichen Maßnahmen wurden die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen in Deutschland nachhaltig verbessert. Neben der Abschaffung von Substanzsteuern, der Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, der Flexibilisierung des Arbeitsrechts, der Liberalisierung auf den Märkten für Post- und Telekommunikation wurden Planungs- und Genehmigungsverfahren vereinfacht, das Meister-BAföG eingeführt, die Rahmenbedingungen für Beteiligungsfinanzierungen verbessert, die Insolvenzordnung reformiert und Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit erleichtert. Dadurch wurde eine neue Gründerwelle in Schwung gebracht. *Alleine* 1997 wurden in Deutschland mehr als 530.000 neue Unternehmen gegründet und damit mehr als 1 Mio. Arbeitsplätze geschaffen. Der Anteil der Selbständigen an den Beschäftigten hat sich kontinuierlich auf 9,2% erhöht und liegt so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Damit wurde eine gute Grundlage für stetiges Wachstum und einen nachhaltigen Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt geschaffen.

18. Privatisierung – Wettbewerb gestärkt, Kosten gesenkt, Leistungen verbessert

Durch umfassende Privatisierungen in der letzten Legislaturperiode wurde der Wettbewerb angeregt. Die Beteiligung des Bundes an Unternehmen wurde drastisch zurückgefahren. Die Postreformen stehen beispielhaft für die Politik der Öffnung der Märkte und der Deregulierung. Nur so konnte den großen bisherigen Bundesunter-

nehmen eine Zukunft im weltweiten Wettbewerb gesichert werden. Postreform, Telekommunikationsgesetz, Bahnreform und der Verkauf der Aktien des Bundes an der Lufthansa AG haben Freiräume für neue Unternehmen und neue Arbeitsplätze geschaffen. Mit dem Börsengang der Deutschen Telekom hat die unionsgeführte Bundesregierung die größte Plazierung von Aktien in der Börsengeschichte durchgeführt und damit der Aktie als Anlageform endgültig zum Durchbruch verholfen. Binnen drei Jahren hat sich der Anteil des Aktienvermögens am gesamten Geldvermögen der privaten Haushalte nach jahrzehntelanger Stagnation von 5 % auf gut 8 % erhöht. Die konsequente Privatisierungspolitik kommt sowohl Unternehmern als auch Kunden zugute. So konnten beispielsweise für private Telefonkunden die Kosten deutlich gesenkt und der Service verbessert werden, und schon die Ankündigung des neuen Energierechts hat vielfach zu einem Rückgang der Strompreise geführt. Durch die konsequente Politik der Bundesregierung für mehr Wettbewerb und mehr Freiraum für Kunden und Unternehmen nimmt Deutschland heute in der internationalen Privatisierungsstatistik der OECD eine Spitzenposition ein.

19. Aufbau Ost – historische Leistung ohne Beispiel

Der wirtschaftliche Aufbau in den neuen Bundesländern ist eine historische Leistung ohne Beispiel. In wenigen Jahren wurde der Umbau einer maroden Zwangswirtschaft in eine effiziente Marktwirtschaft verwirklicht. Die Menschen haben den Strukturwandel erfolgreich bewältigt, und die Situation der Bürger hat sich deutlich verbessert. Das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen beträgt heute 3.367 DM und hat sich damit innerhalb weniger Jahre nahezu verdoppelt. Die Rücklagen ostdeutscher Haushalte aus Geldvermögen lagen 1997 mit rd. 50.000 DM mehr als doppelt so hoch wie zur Wiedervereinigung. Auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist inzwischen hervorragend: Seit der Wiedervereinigung wurden in den neuen Bundesländern mehr als 620.000 Unternehmen gegründet; zuletzt kamen jedes Jahr knapp 100.000 neue hinzu. Die Qualität ostdeutscher Produkte entspricht heute der von Spitzenprodukten, wie sie auf den Weltmärkten angeboten werden – dies zeigt sich nicht zuletzt am starken Zuwachs der Exporte der ostdeutschen Industrie im letzten Jahr mit 37 %. Der Aufbau einer modernen Infrastruktur ist weitgehend abgeschlossen. Ostdeutschland verfügt über das modernste Telefonnetz der Welt. 11.500 km Bundes- bzw. Bundesfernstraßen und 5.300 km Schienenwege wurden modernisiert und ausgebaut. Alleine 1998 entfallen über 40% aller Verkehrswegeinvestitionen in Deutschland auf die neuen Länder. Damit wurden die Grundlagen für einen der modernsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsstandorte in Europa geschaffen.

fen. Der Aufbau Ost ist ein Gemeinschaftswerk aller Deutschen. Zwei Drittel der öffentlichen Nettogleistungen in die neuen Länder kommen vom Bund; in diesem Jahr werden es mehr als 90 Mrd. DM sein.

20. Perspektiven für die bäuerliche Landwirtschaft gesichert

CDU und CSU haben mit ihrer Agrarpolitik den Landwirten in Deutschland die Chance auf faire Preise für hochwertige Produkte wieder eröffnet. Der unsinnigen europäischen Überschufproduktion der 70er Jahre wurde ein Ende gesetzt. Die europäische Agrarpolitik erhielt mit der Politik der Mengengrenzungen die notwendigen Instrumente, um die Preise zu sichern. Der besonderen Situation der bäuerlichen Landwirtschaft wurde im Steuerrecht Rechnung getragen: Vorsteuerpauschale, Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen, Freibetrag für Landwirte, Generationenbrücke beim Betriebsübergang. Die landwirtschaftliche Investitionsförderung wurde nachhaltig verbessert: Agrarkreditprogramm für Haupt- und Nebenerwerbslandwirte, Starthilfe für Junglandwirte, gleichwertige Förderung einzelbetrieblicher Investitionen in ganz Deutschland.

Bundesfinanzminister Theo Waigel ist es gelungen, die nach Deutschland fließenden EU-Agrarmittel auf 11,4 Mrd. DM deutlich zu erhöhen. Die deutschen Landwirte erhalten heute von der EU jährlich rd. 7 Mrd. DM Preisausgleichszahlungen. Der Bund hat zur Sicherung stabiler Beiträge seine Mittel für die landwirtschaftlichen Sozialversicherungen auf zuletzt 7,8 Mrd. DM gesteigert. Die Vorsteuerpauschale wurde 1998 auf 10 % angehoben.

Eine nachhaltige, flächendeckende und umweltverträgliche Landwirtschaft ist für die Flächenstaaten Deutschlands von überragender Bedeutung. Deswegen hat die Koalition der Mitte die in der Agenda 2000 zusammengefaßten Vorschläge der Europäischen Kommission zur Agrarpolitik und zur Strukturpolitik abgelehnt. Die bäuerlichen Betriebe müssen auch in Zukunft den wesentlichen Anteil ihrer Einkommen über die Märkte erwirtschaften.

21. Vorreiter im Umweltschutz

Deutschland ist heute anerkannter Vorreiter im Umweltschutz. Die Umweltbelastungen wurden vielfach drastisch zurückgeführt. Die Luft und die Gewässer sind sauberer geworden: Ein Beispiel für erfolgreichen Gewässerschutz ist der Rhein. Von 1987 bis 1995 konnte die Einleitung der wichtigsten Schadstoffe um 50 % bis 90 % gesenkt werden. Mit dem anspruchsvollen nationalen Klimaschutzziel, die CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2005 um ein Viertel gegenüber 1990 zu reduzieren, haben wir ein wichtiges Signal an die internationale Staatengemeinschaft für den weltweiten Klimaschutz gesetzt. Die CO₂-Emissionen in Deutschland sind inzwischen um 12,5 % gesenkt worden. Die Hälfte des Weges zum deutschen Klimaschutzziel ist damit geschafft. Neben dem Klimaschutz erweist sich heute die Verwirklichung der Kreislaufwirtschaft als der größte Innovationsmotor im Bereich der Technik- und Produktentwicklung. Das zeigen rückläufige Abfallmengen und neue Recycling-Techniken: Bereits Mitte der 90er Jahre sind die Abfallmengen um 10 % auf 337 Mio. t verringert worden; beim Hausmüll-Recycling haben wir heute einen weltweiten Spitzenplatz – über ein Drittel des Hausmülls wird heute wiederverwertet. Beim Welthandel mit Umweltschutzgütern nimmt Deutschland heute mit rd. 19 % die Spitzenposition vor den Vereinigten Staaten und Japan ein.

22. Verbrechensbekämpfung vorangetrieben – mehr Sicherheit

Kronzeugenregelung, Einsatz verdeckter Ermittler, Strafbarkeit der Geldwäsche, verschärfte Strafen und beschleunigte Strafverfahren stärken Polizei und Justiz im Kampf vor allem gegen organisierte Kriminalität und Korruption. Die rechtlichen Voraussetzungen für den Einsatz akustischer Überwachungsgeräte zur effizienten Bekämpfung der organisierten Kriminalität konnten im Grundgesetz verankert werden. Die Politik der Koalition der Mitte hat die offenen Binnengrenzen in Europa ohne Einbußen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger möglich gemacht. Europol wird den Informationstausch und die Zusammenarbeit weiter vertiefen und gegen Schwerstkriminalität grenzüberschreitende Ermittlungen koordinieren. CDU und CSU haben in der Koalition der Mitte eine grundlegende Neuorientierung im Strafrecht durchgesetzt: mehr Sorge für die Opfer statt einseitiger Aufmerksam-

keit für die Täter. Der Schutz der Kinder vor sexueller Gewalt wurde verbessert. Sexueller Mißbrauch von Kindern ist Verbrechen und wird so bestraft.

Unsere Anstrengungen zur Verbesserung der inneren Sicherheit in Deutschland greifen – Deutschland ist sicherer geworden, die Kriminalität in Deutschland geht zurück. Die Zahl der polizeilich registrierten Straftaten ist in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. In den neuen Bundesländern ist der niedrigste Kriminalitätsstand seit 1993 erreicht. Gleichzeitig sind mehr und mehr Verbrechen aufgeklärt worden, im Jahr 1997 alleine 3,3 Mio. Dies entspricht einer Aufklärungsquote von über 50% – der höchsten seit 1969. Bei einzelnen Delikten konnte die Aufklärungsarbeit in den letzten Jahren kontinuierlich verbessert werden: bei Raub ist eine Zunahme der Aufklärungsquote von 1993 bis 1997 um über 12%, bei Wohnungseinbruch sogar um 21% zu verzeichnen – ein Gewinn an Sicherheit für uns alle.

23. Asylrecht reformiert – Mißbrauch gestoppt

Die Neuregelungen des Asylrechts haben sich bewährt. Die Zahl der Asylbewerber in Deutschland ist seit 1992 kontinuierlich um mehr als 75 % auf 104.353 Personen im Jahr 1997 zurückgegangen. Dieser Trend hat sich auch 1998 fortgesetzt. In der Zeit von Januar bis August 1998 haben insgesamt 59.348 Personen in Deutschland Asyl beantragt; gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr ist dies ein Rückgang um rund 15 %. Nach wie vor ist die Quote der anerkannten Asylbewerber mit 4,2 % von Januar bis August dieses Jahres äußerst niedrig. Tragende Pfeiler der Asylrechtsreform sind die Regelungen über die verfolgungsfreien Herkunftsstaaten sowie die Regelung über die sicheren Drittstaaten. Der Beitrag Deutschlands zu humanitärer Hilfe ist weltweit geachtet: 350.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien haben Zuflucht vor den Gefahren des Krieges gefunden.

Deutschland ist ein ausländerfreundliches Land. 7,3 Mio. EU-Bürger und Ausländer haben sich dauerhaft in Deutschland niedergelassen. Für ausländische Mitbürger, die sich in Deutschland integrieren wollen, wurden die Voraussetzungen für den Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft erheblich erleichtert, wenn sie ihre vorherige Staatsbürgerschaft ablegen. Die Koalition der Mitte war auf dem richtigen Weg: Die Zuwanderung wurde seit 1992 um fast 60 % verringert, 1997 kamen erstmals seit 1985 weniger Ausländer nach Deutschland, als das Land verließen.

24. Außen-, Sicherheits- und Europapolitik – ein zuverlässiger Partner geworden

Deutschland ist heute in Frieden und Freiheit vereint, in der Europäischen Union fest verankert, ein gleichberechtigter Partner im Nordatlantischen Bündnis und ein geachtetes Mitglied der Staatengemeinschaft. Zum ersten Mal in seiner Geschichte ist Deutschland nur von Freunden umgeben, hat es gute und vertrauensvolle Beziehungen mit den USA und mit Rußland, mit Frankreich und mit Polen, mit Großbritannien und mit allen seinen Nachbarn, mit Japan und mit vielen Staaten in der Dritten Welt. Die Berechenbarkeit der Bundesregierung, ihre Zuverlässigkeit und ihre gradlinige Ausrichtung auf die europäische Einigung haben bei unseren ausländischen Partnern das Ansehen und das Vertrauen aufgebaut, die dies ermöglicht haben.

Erfolgreich hat Deutschland in Europa den Aufbau einer Friedensordnung nach dem Kalten Krieg mitgestaltet. Die Europäischen Gemeinschaften wurden in die Europäische Union überführt, die eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und eine Innen- und Justizpolitik für ein Europa der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts umfaßt. Die Wirtschafts- und Währungsunion hat die europäische Einigung unumkehrbar gemacht; gestärkt mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt ist die Europäische Union ein stabilisierender Faktor für die Weltwirtschaft. Das Nordatlantische Verteidigungsbündnis ist zu einer neuen NATO geworden, die den sicherheitspolitischen Herausforderungen der Gegenwart entspricht und in Partnerschaften für den Frieden mit den Staaten der früheren Gegenseite zusammenarbeitet. Die Erweiterung von Europäischer Union und NATO ist eingeleitet – zwei große Erfolge deutscher Außenpolitik, die zur Stärkung von Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum beitragen werden.

Zu Beginn unserer Regierungszeit haben wir uns vorgenommen: Frieden schaffen mit weniger Waffen. Dies ist erreicht. Eine dramatische Reduzierung des Streitkräfte- und Waffenpotentials in Europa hat den Frieden sicherer gemacht.

CDU und CSU haben mit der Wehrpflicht das Vertrauen der Menschen in die Bundeswehr als Armee der Demokratie bewahrt und gestärkt. Mit ihrer neuen Struktur ist die Bundeswehr vorbereitet auf ihre neuen Aufgaben; die Entscheidung für den Bau des Eurofighter steht beispielhaft für das erfolgreiche Bemühen um eine zeitgemäße Ausstattung, mit der die Bundeswehr ihren Friedensauftrag erfüllen kann.

Die Bundeswehr hat nach der Wiedervereinigung – bei gleichzeitiger Verringerung ihres Personalumfangs von fast 600.000 auf 340.000 Soldaten – in vorbildlicher

Weise die Integration von Soldaten aus beiden Teilen Deutschlands in die „Armee der Einheit“ umgesetzt.

Zugleich entspricht Deutschland den nach der Überwindung der Teilung und der Wiedergewinnung der vollen Souveränität zu Recht gestiegenen Erwartungen an seine Handlungsfähigkeit. Deutschland hat bewiesen, daß es als verlässlicher Partner solidarisch mit der Staatengemeinschaft seiner internationalen Verantwortung gerecht wird. Durch aktive Teilhabe auch an militärischen Maßnahmen wie der militärischen Absicherung des Friedensprozesses im früheren Jugoslawien hat es seine volle Bündnisfähigkeit erwiesen und Ansehen und Einfluß gewonnen.

Erfolgreich hat sich die unionsgeführte Bundesregierung dafür eingesetzt, daß die globalen Herausforderungen, die sich der Menschheit im Umwelt- und Klimaschutz stellen, die notwendige Aufmerksamkeit der UNO und der Regierungen der Staaten finden. Konkrete Konventionen zum Klimaschutz sind ein Erfolg dieser Politik.

Die deutsche Entwicklungspolitik wurde von ideologischem Ballast befreit und ganz in den Dienst der Verbesserung der Lebensbedingungen in den Entwicklungsländern gestellt. Die deutsche Entwicklungspolitik ist heute weltweit Vorbild für eine Politik der Zukunftssicherung. Die Sicherung von Frieden und Menschenrechten und der Aufbau von Rechtsstaat, Demokratie und Sozialer Marktwirtschaft in den Empfängerländern stehen im Mittelpunkt.

Wir können stolz darauf sein, daß Deutschland heute ein ruhender Pol in der Völkergemeinschaft und eines der einflußreichsten Länder in der westlichen Welt ist.